Nacht-Telegramme. Nacht-Telegramme

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenli[illegible]

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber d. Sporergasse. An- u. Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltl. Controle der Verloosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domicilstelle für Wechsel.

R. Beyer, Johannes-Allee Nr. 7, neben Café König. **Tapeten und Fenster-Rouleaux** reichhaltigste Auswahl gewöhnlicher, als auch feiner Sachen jeden Genres zu den billigsten Preisen. Tapeten-Rester von 8—18 Stück. Proben nach auswärts franco.

Nr. 63. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Veränderlich, stellenw. Niederschläge, zeitw. unruhig, zieml. mild. **Dresden, Mittwoch, 3. März.**

Politisches.

Bei aller Spannung herrschte in der Reichstagssitzung vom 1. März eine Art Enttäuschung unter den Abgeordneten. Man hatte sicher das Eingreifen des Reichskanzlers in die Debatte erwartet und nun kam er nicht und Niemand im mäßig gefüllten Hause oder auf den überfüllten Galerien mochte an die einfache Erklärung, er sei krank, glauben. Am Tische des Bundesrathes, in Logen und auf Tribünen herrschte die Uniform vor. Die Militärbevollmächtigten Frankreichs, Rußlands, Oesterreichs und Englands wohnten in der Diplomatenloge der Sitzung bei; in der Hofloge Fürst Radziwill, des Kaisers Flügeladjutant. Der Telegraph hat diesmal umfassender seine Schuldigkeit gethan, unserem gestrigen 1050 Worte langen Telegramme ist Thatsächliches kaum hinzuzufügen. Die Einführungsrede v. Kamecke's und Richter's sehr lange Deductionen wurden mit sehr gesteigerter Aufmerksamkeit aufgenommen. Weniger war dies bei den Einwürfen Reichensperger's der Fall, die Militärlasten Deutschlands vertrügen keine Steigerung mehr, wenn man den Volkswohlstand nicht ruiniren wolle. Bennigsen's Eintreten für die Vermehrung der Volkslasten zu Gunsten des Militärs war vorauszusehen; trotzdem machte die nackte Bereitwilligkeit des Nationalliberalismus, pure für die Vorlage eintreten zu wollen, einen vielfach unangenehmen Eindruck. Als Moltke zu sprechen anhob, schaarte sich Alles um den berühmten Strategen, so daß er ruhig, sicher und ohne Erhebung der Stimme seine Ansichten darzulegen vermochte. Wenn Moltke die Regierungen als die Panaceen des Friedens hinstellte, so wird man von Herzen wünschen, daß er damit Recht hätte. Dann könnte es ja aber nie Kabinetskriege gegeben haben und ein offenbar hoch influirtes Blatt, wie die „Nordd. Allg. Ztg.", dürfte dann nie den allgemeinen Frieden durch ihre provocirenden Hetzartikel beunruhigen. 1864 hat nicht das Volk oder seine Vertretung das merkwürdige Ende des schleswig-holsteinischen Krieges herbeigeführt, sondern die Kabinete von Wien und Berlin; 1866 hat nicht das preußische Volk den Bruderkrieg gegen Oesterreich gewollt, sondern die Regierung Preußens begann ihn gegen den Willen selbst des Abgeordnetenhauses. Die Annexionen von Hannover, Nassau und Hessen waren doch nicht Folgen des Volkswillens; 1870 hat das Kabinet Napoleon-Eugeniens in Frankreich erst künstlich Stimmung gegen Deutschland machen müssen. Die Dynastie hat ihn in Ems provocirt. Wenn also Moltke's warme Bitte, man solle doch mehr Vertrauen zu den Regierungen haben, an sich wohlmeinend und beherzigenswerth ist, so hat doch die Geschichte gelehrt, daß große selbstständige militärische Machtfülle für manche Regierung zur Verlockung geworden ist, Kriege zu unternehmen. So viel bis jetzt übersehbar, hat Richters Antrag auf zweijährige Dienstzeit nur die Fortschrittspartei und einen Theil des Centrums für sich. Ueber die gestrige Fortsetzung der am Montag abgebrochenen Debatten meldet der Telegraph:

Reichstag. Berathung der Militärvorlage. Abg. Graf von Frankenberg-Ludwigsdorf erklärt, daß er und seine politischen Freunde sich den gestrigen Ausführungen des Grafen Moltke voll anschließen und für die Vorlage stimmen würden. Redner bedauert, daß das Centrum nicht auch diesem Gesetze gegenüber mit den Konservativen Hand in Hand gehe. Gegenüber der gestrigen Bemerkung des Abg. Reichensperger bezüglich der Abrüstung hebt Graf Frankenberg hervor, der geeignetste Mann, sich an die Spitze einer solchen Bewegung zu stellen, sei der Papst. Redner weist auf die Entwickelung der Verhältnisse in Frankreich hin. Die radikaleren Parteien gewännen immer mehr die Oberhand. Die Friedfertigkeit Deutschlands sei über jeden Verdacht erhaben. Abg. Frhr. v. Stauffenberg führt aus, es würden wohl nur sehr wenige Mitglieder im Hause sein, die von vornherein entschlossen sind, die Vorlage unter allen Umständen abzulehnen. Redner weist aber hin auf die schwere Verantwortlichkeit, vor welche der Entwurf den Reichstag gestellt hat: das sei die Verantwortlichkeit nach allen Seiten hin, auch Denen gegenüber, welchen man neue Lasten auflegen wolle. Die Vorlage werde für die Zukunft den Markstein in der Geschichte der Entwickelung unseres Konstitutionalismus bilden. Jedenfalls sei dem Auslande gegenüber Eines nöthig zu konstatiren, daß über die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wehrkraft selbst im Reichstage nur Eine Meinung herrsche. Die Vorlage mutze dem Reichstage nicht blos den Verzicht auf das eigene konstitutionelle Recht, sondern auch den weitergehenden auf das Recht zweier künftigen Reichstage und ihrer Wählerschaften zu. Die Gesinnung des deutschen Volkes seinem Heere gegenüber biete alle Garantie gegen einen plötzlichen Umschlag; deshalb sei es unnöthig, dem künftigen Reichstag auf 7 Jahre die Hände zu binden. Malzahn ist für die Vorlage, da er und seine Freunde von der Nothwendigkeit der Mehrbewilligung überzeugt seien. Windthorst spricht für die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Ein Endurtheil über Annahme oder Ablehnung der Vorlage könne erst nach eingehender kommissarischer Prüfung gefällt werden. Die Bereitwilligkeit aller Parteien, um die Integrität des Vaterlandes zu schützen, schließe nicht aus, daß man jede Mehrforderung der Militärverwaltung zuvor prüfe und dieselbe nur bewillige, wenn man von der Nothwendigkeit derselben überzeugt wäre, was die bisherige Debatte nicht dargethan. Die Aeußerungen des Kriegsministers wie die Thronrede ließen von besonderem Ernst der momentanen Lage nichts merken. Andere offizielle Aeußerungen lägen noch nicht vor. Die Erfahrungen des letzten Krieges ließen unsere Armee als jeder Gefahr gewachsen erscheinen. Um jeder europäischen Koalition gewachsen zu sein, müßten doch ganz andere Anstrengungen gemacht werden. Dazu sei kein Staat im Stande, daher müsse jeder Staat seine Politik so einrichten, daß er keine europäische Koalition gegen sich habe, oder doch über entsprechende Allianzen verfüge. Ueber das Bündniß mit Oesterreich liege zwar keine offizielle Nachricht vor, doch scheine es zu bestehen. Dem Staatsmanne, der es zu Stande gebracht, gebühre dafür Dank. Ein festes Bündniß mit Oesterreich biete die Garantie des Friedens in Europa und die Möglichkeit der Abrüstung. Umsoweniger könne er die Nothwendigkeit einer Vermehrung des Militärs einsehen. Windthorst wendet sich hierauf gegen die gestrigen Ausführungen Bennigsens und Treitschkes, die ihn nicht überzeugt haben, obwohl er gerade zu dieser Vorlage sein Nein nur schweren Herzens abgeben könne. Man solle ja nicht nur der bloßen Gewalt vertrauen; die Stärkung und Pflege der ethischen und religiösen Momente im Volke sei bedeutsamer für die Festhaltung des nationalen Lebens, als die Schaffung neuer Armeekorps. Bebel erklärt: Wenn wirklich ein äußerer Feind einmal deutsches Gebiet bedrohe, werde auch die Socialdemokratie gegen einen solchen Feind Front machen. Die Gefahr eines russisch-deutschen Krieges sei aber nicht so groß und die Chancen eines solchen für uns günstiger als sie die gestrigen Reden dargestellt hätten. Die Besserung der wirthschaftlichen Krisis sei noch nicht abzusehen und die fortwährenden Kriegsdrohungen lasteten schwer auf dem Handel und dem Gewerbe. Prof. Gneist sucht historisch nachzuweisen, daß die Forderung einer Präsenzstärke von einem Procent der Bevölkerung gerechtfertigt und der heutige Aufwand für Militär sei verhältnißmäßig geringer, als zu anderen Zeiten im preußischen Staate. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen von Bennigsen, Windthorst, Richter, Reichensperger; hierauf beschließt das Haus, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. — Der Reichstag genehmigte schließlich den Etat des Reichsamts und des Innern nach den Kommissions-Anträgen und vertagte sich bei der Berathung des Etats des Gesundheitsamts auf Donnerstag.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Wien, 2. März. Aus sicherer Quelle verlautet, das Präliminarübereinkommen zwischen der Südbahngesellschaft und der ungarischen Regierung wegen Verkaufs der Linie Agram-Karlstadt sei unterzeichnet. Der definitive Verkaufsvertrag wird nächste Woche in Pest unterfertigt. Verkaufsbedingungen sind: Zehnjährige Einkommensteuerbefreiung und Zahlung des Kaufschillings in Annuitäten während der ganzen Concessionsdauer. Auch mehrere andere Angelegenheiten sind geordnet, darunter die Errichtung einer Betriebsdirektion in Pest und die Modification des bestehenden Kartells mit der ungarischen Staatsbahn.

Petersburg, 2. März. Nach dem Dankgottesdienst in der Kapelle des Winterpalais fand Empfangskour statt. Das diplomatische Korps war vollständig erschienen, alle Säle waren überfüllt. Vor dem Empfange des diplomatischen Korps waren der Reichsrath in corpore und sämmtliche Minister vom Kaiser empfangen worden. Augenblicklich (2½ Uhr) erfolgt der Empfang des Senates, welchem sich der Empfang anderer Körperschaften und Anstalten, darauf derjenige der Schülerinnen der weiblichen Kronstifte, anschließt. Bei dem Erscheinen des Kaisers auf dem Balkon am Morgen war die Großfürstin-Thronfolger an seiner Seite. Die Großfürstin macht gewissermaßen die Honneurs an Stelle der leidenden Kaiserin.

Konstantinopel, 2. März. Die Ermittelung der Individuen, welche auf Oberst Comaroff schossen, ist in den Personen dreier Bosniaken gelungen. Dieselben widersetzten sich bei der Verhaftung durch die Gendarmerie und behaupten, in Folge eines Streites sich der Waffen gegen einander bedient und den vorbeireitenden Comaroff nur zufällig verwundet zu haben.

London, 2. März. Reuter's Bureau meldet aus Teheran: Persien gab die Expedition zur Besetzung Seistans und eventuell Herats in Erwägung politischer Schwierigkeiten auf, welche die Ausführung dieses Planes zur Folge haben könnte. — Russischerseits hat man mit einer telegraphischen Verbindung von Tschikislar nach Ghatte begonnen.

Locales und Sächsisches.

— Der Hausmarschallamts-Secretär Bormann hat das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens erhalten.

Landtag. Gestern tagten beide Kammern. Die 1. Kammer trat endlich dem Beschlusse der 2. Kr. wegen Herabsetzung der Gerichtskosten bei. Dann kam es zu einer längeren Debatte über neuzuerbauende Secundärbahnen (Ref. Landesältester Hempel). Die 2. Kr. hat der Regierungsvorlage gemäß folgende Linien genehmigt: Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt (normalspurig), Wilkau-Kirchberg-Saupersdorf, Hainsberg-Dippoldiswalde-Schmiedeberg, Döbeln-Mügeln und Geithain-Lausigk-Leipzig (schmalspurig). Die Deputation der 1. Kr. schlug in ihrer Mehrheit vor, nur Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt und Hainsberg-Dippoldiswalde-Schmiedeberg zu genehmigen. Bürgermeister Hirschberg anerkannte zwar, daß die Regierung bei der Eisenbahnvorlage nicht von fiskalischen, sondern volkswirthschaftlichen Rücksichten ausgegangen, erklärte aber, keinem der Projekte zustimmen zu können, und zwar mit Rücksicht auf die stetig gewachsene Schuldenlast und die gesunkene Eisenbahnrente. Wenn die Bahnen bessere Geschäfte machten und die Steuerzuschläge wegfielen, dann werde er gern für die Erbauung neuer Linien stimmen. v. Schönberg-Bornitz erklärte, so lange gegen neue Linien zu stimmen, als nicht beruhigende Erklärungen in Bezug auf die Tariffrage gegeben würden. Baron v. Burgk legte das Gewicht auf die national-ökonomische Seite. Man könne auch im Sparen zu weit gehen. Er ist für das englische Princip, auf den Bahnen Alles mit gleicher Geschwindigkeit zu befördern. Abg. Peltz schlug als Versuch mit einer Schmalspurbahn Wilkau-Kirchberg vor. Graf Rex sprach für den von der Deputation wieder aufgenommenen Antrag des Abg. Roth: die Regierung zu ersuchen, in Zukunft unter neuen Sekundärbahnprojekten von gleich wirthschaftlicher Bedeutung denjenigen den Vorzug zu geben, zu deren Ausführung ein thätiges Entgegenkommen der Interessenten sich kundgiebt. Baron v. Ertmannsdorff warnte vor Schwarzseherei bezüglich unserer Finanzen. Dieselben seien trotz der Abnahme der Einnahmen besser fundirt als die irgend eines deutschen Staates. Man dürfe nothwendige Verbesserungen nicht unberücksichtigt lassen. Preußen besitze das größte Defizit und doch habe der preußische Landtag kürzlich 5000 Millionen zum Ankaufe von Privatbahnen und 50 Millionen zum Bau von Sekundärbahnen bewilligt. Freilich dürfe man nur solche Linien bauen, die den Betrieb sodann auch decken und eine Verzinsung des Anlagekapitals gestatten. Man erreiche dies am besten durch Heranziehung der Interessenten. v. Wöhlau: So lange 100 Procent Steuerzuschläge nöthig seien, müsse man von Eisenbahnexperimenten abstehen. Finanzminister v. Könneritz entgegnet, die Regierung spare, wo es nur angehe; aber die fernere Entwickelung des Landes dürfe doch nicht in Frage gestellt werden. Die Regierung habe die Pflicht, die Steuerkraft des Landes zu heben. Hierauf wurden die Vorschläge der Deputation angenommen. Danach würden vorläufig nicht gebaut werden: Wilkau-Kirchberg, Döbeln-Mügeln und Geithain-Leipzig. Hierauf wurde noch das Gesetz über die Erbschaftssteuer-Erhöhung angenommen. (Ref.: Bürgermeister Miartini.) — Die 2. Kammer berieth über die Anlage einer Fohlenaufzuchtstation auf dem deshalb zu erpachtenden Kammergute Kalkreuth. Die Deputationsmehrheit (Ref. Abg. Knechtel) empfiehlt Genehmigung, die Minderheit (Ref. Abg. Penzig) Ablehnung. Die Abgg. Penzig, Philipp, Matthes und May sprechen gegen das Project; die Ausführung desselben koste dem Lande viel Geld und doch werde damit nicht erreicht, daß die Pferdezucht zu einem bedeutenden Zweig der Landwirthschaft erhoben werde. Man solle Kalkreuth anderweit verpachten, aber nicht so billig wie jetzt (pro Acker etwas über 4 Thlr.). Dagegen beantragten Abgg. May und Philipp Erörterungen darüber, ob sich die Anlage einer Musteranstalt für Fohlenaufzucht in Moritzburg empfehle. Für das Project sprachen die Abgg. v. Oehlschlägel, Uhlemann und Knechtel. Eine solche Anstalt sei gewiß von hohem Nutzen für die Landwirthschaft und trage zur Lebensfähigkeit des Staates bei. Durch den Versuch werde nichts riskirt. Jetzt schaffe man circa 1 Million für Pferde ins (sächsische) Ausland. Abg. Philipp war verwundert, daß nicht in Görlitz und Oberlangenau, den Gütern Uhlemann's und von Oehlschlägel's, längst schon Fohlenaufzüchtereien errichtet worden seien, wenn das Geschäft wirklich ein so glänzendes sei. Von 25 Fohlen solle nun auf einmal die Lebensfähigkeit des Staates abhängen. Es wäre wirklich bedauerlich, wenn das Vaterland auf so schwachen Füßen stände. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz anerkannte, daß der jetzige Zeitpunkt für ein solches Unternehmen ungünstig sei, aber man müsse sich jetzt entscheiden, da Kalkreuth zu Johanni pachtfrei werde. Die Vorlage sei sorgfältig geprüft worden, ehe sie an die Kr. gelangt sei. Abg. Oehmichen, selbst ein bewährter Pferdezüchter, hielt einen Versuch für empfehlenswerth, ohne indeß für das Gelingen eine Gewähr übernehmen zu wollen (hört, hört!). Schließlich ergab die Abstimmung 34 St. für und 34 St. gegen die Vorlage, so daß heute noch einmal abgestimmt werden muß. Abg. Klopfer enthielt sich als Vaterstes jetzigen Pächters von Kalkreuth der Abstimmung. Bei den über die veränderte Aufstellung des Staatshaushaltsetats gefaßten Beschlüssen blieb die Kr. gegenüber der jenseits beliebten Ablehnung stehen. Diese Beschlüsse sind: gesetzliche Feststellung und Wirksamkeit der Oberrechnungskammer und deren Verantwortlichkeit insbesondere den Ständen gegenüber, sowie Vorlegung eines Gesetzes über Staatseinnahmen und Ausgaben. (Ref. Dr. Minckwitz). Endlich berichtete Abg. Uhle-Glauchau anderweit über die Nothstandspetitionen aus dem Mülsengrunde und das gestern erwähnte Dekret bezüglich der Erwerbsverhältnisse im Lande. Abg. Liebknecht sprach dagegen, daß es der Regierung überlassen werde, wenn nöthig, die erforderlichen Unterstützungen zu gewähren. Er hielt dies für bedenklich, weil seitens der Regierung überhaupt ein Nothstand geleugnet worden sei. Thatsächlich sei derselbe jetzt schlimmer als vorher. Aus dem Dekrete gehe hervor, daß die durchschnittlichen Wochenlöhne bis auf 2—3 Mark herabgegangen seien. Das sei doch gewiß ein Nothstand. Er glaube gern, daß die Regierung die besten Absichten habe, aber sie erfahre die Wahrheit nicht. Man möge nicht die Behauptungen des Berichts, sondern die in demselben niedergelegten Ziffern berücksichtigen. Er bitte, den Bau der Mülsengrundbahn bald zu beginnen, damit Arbeit in die vorläufige Gegend komme. Das Fortbestehen der Hausindustrie halte er für ein Unglück im Gegensatz zur Fabrikindustrie. Vicepräs. Dr. Pfeiffer war von Liebknecht's Rede enttäuscht, weil dieselbe sich nur auf Regirung beschränkt, nicht aber die in Aussicht gestellten Vorschläge zur Abhilfe gebracht habe. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz bestritt, daß die Regierung einen Nothstand „abgeleugnet" habe, sie sei nur Uebertreibungen entgegengetreten und eine solche sei die neuliche Behauptung Liebknecht's, im Mülsenthale herrsche der Hunger-Typhus in ausgedehntem Maße. An demselben Tage, da Liebknecht jene Behauptung gethan, habe es im ganzen Mülsengrunde zwei (nicht Hunger-) Typhuskranke gegeben: eine dorthin geschickte Albertinerin-Krankenpflegerin und eine Frau. Was die Liebknecht'sche Bemängelung der Vorlage betreffe, so könne er für Einzelheiten natürlich auch keine Garantie übernehmen; eine Erwerbs-Statistik biete außerordentliche Schwierigkeiten und erfordere mehr Zeit, als zu Gebote gestanden. Im Mülsengrunde sei geschehen, was eben geschehen konnte und werde das auch ferner geschehen. Abg. Liebknecht entgegnete Dr. Pfeiffer, Vorschläge zur Abhilfe seien vom sozialistischen Standpunkte sehr leicht: man solle nur Produktiv-Genossenschaften 2c. bilden. Abg. Uhle-Glauchau bestritt, daß Uebertreibungen stattgefunden und daß Alles geschehen sei, was geschehen hätte sollen. Aber es sei schwer, etwas von der Regierung, noch schwerer, von einem Amtshauptmann etwas zu ertrotzen; deshalb acceptire er die Erklärung, daß künftig Alles geschehen solle, was zu geschehen habe. Er wolle nicht, wie Liebknecht, der als eine Art von Arbeiter-Heiland gelte, die Leute aus ihrem Heim, dem Kreise ihrer Familien in die Fabriken verweisen; er wisse, daß ihnen ihr Heim etwas werth sei. Minister v. Nostitz-Wallwitz ersuchte um die Nachrichten, die der Vorredner aus dem Mülsengrunde erhalten habe und sicherte gewissenhafte Prüfung zu. Beschlossen wurde schließlich, von dem Decrete Kenntniß zu nehmen, und dafern in irgend welchem Landestheile bei längerer Fortdauer dieser bedrängten Erwerbsverhältnisse und nach Erschöpfung der disponiblen Mittel der betr. Gemeinden und Bezirke das unmittelbar helfende Eintreten des Staates sich nöthig machen sollte, die Regierung zu ermächtigen, die erforderlichen Mittel aus Staatsfonds zu gewähren.

— Der definitive Schluß des Landtags wird am Dienstag erfolgen.

— Ein Freudenfest, dem man schon seit Monaten mit bangen Zweifeln entgegen gesehen, konnten gestern die russischen Unterthanen feiern. Es galt das Jubiläum des vor 25 Jahren zur Regierung berufenen Kaisers Alexander II. festlich zu begehen. Vor 11 Uhr früh zeigte die Reichsstraße ein äußerst belebtes Bild. Droschken, Equipagen und Fußgänger wankten sich in langen Zügen dem kleinen Heiligthume der hiesigen russischen Gemeinde zu. Im hellsten Kerzenglanze erstrahlte das mit den kostbarsten Altar- und Betpultbekleidungen geschmückte Innere des Tempels, welches von Andächtigen der verschiedensten Nationalitäten bis auf den letzten Platz gefüllt war. Um 11 Uhr begann die Messe, die von 3 Geistlichen, welche die feinste Gewandung angelegt hatten, celebrirt wurde. Während derselben erschienen der russische Gesandte Herr v. Nelidow, sowie dessen Attaché Herr von Sekiwanski und eine große Zahl reich mit Orden geschmückter Herren. Auch Se. Maj. König Albert hatte sich durch einen der dienstthuenden Kammerherren vertreten lassen. Der gegen 12 Uhr beendeten Messe folgte ein großes Tedeum, welches wohl eine halbe Stunde währte. Das in demselben eingeschaltete Gebet für Se. Kaiserl. Majestät wurde von den russischen Unterthanen knieend verrichtet. Als die geistliche Feier geschlossen war, nahmen die erschienenen Herren der hiesigen und fremden Aristokratie Veranlassung, dem Vertreter der russischen Gesandtschaft ihre Glückwünsche darzubringen. Die Gesänge der Messe und des Tedeum wurden von dem verstärkten Kirchenchore unter Direktion des langjährigen Leiters desselben, Herrn Franke, in ausgezeichneter Weise zu Gehör gebracht. Ist der russische Kirchengesang für Alle, die jemals Gelegenheit hatten denselben zu hören, gewiß nie ohne Eindruck geblieben, so dürften doch einzelne der gestern ausgeführten Nummern geradezu hinreissend gewirkt haben.